



**Die Gewerkschaft.  
Le Syndicat.  
Il Sindacato.**

## **Die Renditen-Schere öffnet sich – Bricht der Block der Wirtschaftsmächte auf?**

Diskussionsbeitrag A. Rieger, 20.11.2009

Die Mechanismen des Wirtschaftsbooms der letzten Jahren und der Krise von 2007/09 sind auch für die Schweiz breit analysiert worden. Wenig untersucht wurde aber der „politökonomische“ Aspekt: Was hat sich interessen- und machtbezogen unter der Ägide des Neoliberalismus abgespielt? Warum haben alle Wirtschafts-Gruppen mitgemacht? Haben sie alle vom Aufschwung profitiert? Und welche Bilanz müssen sie nun ziehen, insbesondere bezüglich der Entwicklung der Rentabilität ihres eingesetzten Kapitals? Welche Konflikte brechen nun mit der Krise auf? Das soll hier analysiert werden.

### **1. Golden Age**

Das „goldene Zeitalter“, welches bei den älteren Wirtschaftsführern noch in Erinnerung ist, setzte in der Schweiz eigentlich schon 1936 an, nach Überwindung einer langen krisengerüttelten Zeit. Der Beginn des Aufschwungs war 1940 bis 44 aber noch überschattet vom Krieg. Voll zur Blüte kam das Golden Age in der langen Hochkonjunktur der Nachkriegszeit, beinahe ohne Unterbruch bis 1971. Je nach Ausgangspunkt der Zählung waren das 25 bis 35 Jahre!

In dieser Zeit war der dominierende Machtblock (oder „Machtklumpen“<sup>1</sup>) in der Schweiz gebildet durch den „Triangel“ der Wirtschaftsmächte Industrie – Banken -Binnenwirtschaft. Dieser „Triangel“ war die Basis für eine gut austarierte Machtkonstellation, welche der Schweiz jahrzehntelang eine Stabilität wie in wenigen anderen Ländern bescherte.<sup>2</sup> Der „Triangel“ war zwar politisch-kulturell nicht homogen: Die Industrie und die Banken waren weltoffen und modernisierungs-orientiert, das Gewerbe nationalistisch-binnenorientiert und strukturkonservativ. Wirtschaftspolitisch gab es aber einen Konsens: Aussenpolitisch wurde bilateraler Freihandel kombiniert mit der Ausnutzung des offshore Bankenplatzes. Binnenwirtschaftlich wurde eine (begrenzte) Modernisierung der Infrastruktur kombiniert mit einer protektionistischen Gewerbepolitik (überwacht durch die Referendumsmacht des Gewerbeverbands).

Die Rentabilität des eingesetzten Kapitals entwickelte sich in der Periode ab 1945 für alle drei Gruppen des Triangels äusserst erfreulich, nachdem die Jahre 1914 – 44 von ständigem unberechenbarem Auf und Ab geprägt gewesen waren. Die Schweizer Exportwirtschaft profitierte bereits ab 1936 vom grossen Aufrüsten und die Banken vom Vermögen von verfolgten Juden, sowie von verschiedenen untergehenden Oberschichten Europas. 1944/45 ging dann für alle drei Gruppen des Triangels „die Post ab“:

---

<sup>1</sup> Vgl. Tschäni, „Wer regiert die Schweiz?“

<sup>2</sup> vgl. Vortrags-Präsentation von A. Rieger an der GBI-Tagung in Olten 2000

- Die **Industrie**, mit ihrem intaktem Produktionsapparat und ihrem Schweizer Qualitätslabel, konnte wie wild liefern. Ihre Renditen waren über Jahre relativ hoch und mache Industriellenfamilie wurde in dieser Phase reich oder noch reicher.
- Die **Banken** konnten als safer haven weiterhin Vermögen aus aller Welt verwalten, neue anziehen und damit sowohl den Export- wie den Binnenboom finanzieren. Die Eigenkapitalrenditen betragen in dieser Periode regelmässig 7 bis 10%, ähnlich viel wie in der Hochkonjunktur vor 1914, aber einiges mehr als in den unsicheren Jahren von 1915 bis 1944 (da schwankten die Eigenkapitalrenditen von 1% bis 6%).
- Die **Binnenwirtschaft** florierte ebenso, dank immensem Bauboom und steigender Binnenkaufkraft, sowie als „backoffice“ und Zulieferer von Banken und Industrie. Ja selbst ein Teil der Bauern profitierte – weniger durch landwirtschaftliche Produktion als durch Landverkäufe im neuen Siedlungsboom.

In dieser Zeit konnten also alle Gruppen des Triangels reich werden, als (Klein-) Industrielle, als Baumeister, als Händler und als Banker (oder Couponschneider). Ja selbst die Lohnabhängigen hatten ihren Anteil am Boom mit ständigen Realloohnerhöhungen, welche in etwa dem Produktivitätswachstum folgten. Wer sich zudem noch ein Häuschen kaufen konnte, profitierte über die Jahre von unvergleichlich tiefen Hypothekarzinsen.

Auch politisch hielten die im „Triangel“ vereinten Wirtschaftsmächte zusammen, unter der sichtbaren Ägide des Vorortes, dessen Präsident als „Achter Bundesrat“ bezeichnet wurde.

## 2. Krise der 70er Jahre und Aufschwung der 80er

Ende der 60er Jahre begann sich dieses Modell zu erschöpfen. Die Renditen in der Industrie verringerten sich ab 1968. Strukturelle Rückstände wurden sichtbar. Ein Teil des Bürgertums wurde sich bewusst, dass ein neuer Modernisierungsprozess eingeleitet werden musste. Wollte man Schritt halten mit den konkurrierenden Ländern, musste der Staat eine grössere Rolle, z.B. in der Bildung und F+E übernehmen. Die konservativen Kräfte des Gewerbeverbands stellten sich jedoch quer. Verstärkt durch die globale „Erdölkrise“ rutschte die Schweiz ab 1973 in einer strukturellen Krise: Teile der Industrie erwiesen sich als nicht mehr überlebensfähig, die Bauwirtschaft und andere Teile der Binnenwirtschaft waren zu wenig produktiv. Gegen 10% der Arbeitskräfte wurden nun abgebaut und ins Ausland abgeschoben. Die Rentabilität war für weite Teile der Industrie und der Binnenwirtschaft im Keller und auch die Eigenkapitalrendite der Banken lag mit 6-8% tiefer.

Nach einer ersten „Restrukturierung“ waren ab 1983/84 sodann nochmals 7 Jahre Hochkonjunktur mit besseren Renditen beschert, wenn auch nicht mehr auf früheren Niveau. Die **Industrie** war leicht „entschlackt“, insbesondere Textil- und Bekleidungsindustrie waren in den 70er-Jahren dezimiert worden, aber auch Teile der Metallindustrie. Die sanierte Maschinenindustrie, die chemische Industrie, u.a. Sektoren konnten in den 80er Jahren wieder etwas höhere Gewinne schreiben. Die **Banken** fungierten noch verstärkt als Hafen für Fluchtgelder, nun aus den USA, Deutschland, v.a. aber aus der Dritten Welt. Auch die **Binnenwirtschaft** florierte nochmals, insbesondere dank einem massiv übertriebenen Bauboom, der viele Baumeister reich werden liess. Die Löhne der Arbeiter und Angestellten stiegen ein letztes Mal substantiell und gleichzeitig weiteten sich Freizeit und Ferien noch etwas aus. Nochmals funktionierte in den 80er-Jahren der Triangel der drei helvetischen Wirtschaftsmächte und dominierte gemeinsam die Schweizer mit einer Politik, die jener der 60er Jahre nicht unähnlich war.

### 3. Strukturkrise in den 90er Jahren

1991 stürzten alle Gruppen des Triangels in die nächste strukturelle Krise:

Die **Bauwirtschaft** und die **Banken** hatten zusammen eine eigentliche Immobilien-Blase aufgebaut, die nun im Rahmen einer erneuten internationalen Rezession platzte, mit – seit den 30er-Jahren nie mehr dagewesenen - Abschreibern bei den Banken und einer Dezimierung der Bauwirtschaft (Abbau von ca. 30% Arbeitsplätze von 1991 bis 96 im Bauhauptgewerbe). Auch die **Industrie** wurde hart von der internationalen Rezession 1991/94 getroffen. Es zeigte sich, dass sie in den 80er-Jahren noch weiter von den guten alten Zeiten gezehrt hatte und noch nicht auf der Höhe der technologischen Entwicklung war. Erneut wurden grosse Teile der Textil/Bekleidungs-, der Nahrungsmittel- und der Metallindustrie getroffen, aber auch der Maschinenindustrie. Am Ausgang dieser Krise arbeiteten noch etwa 25% der Beschäftigten in der Industrie gegenüber 40% im Jahre 1970! Dabei hatte diese Krise (neben der internationalen Rezession) durchaus auch ihren hausgemachten Gründe: Als Immobilienkrise, als Strukturkrise der Industrie – aber auch mit der falschen Politik der SNB, welche die Rezession/Stagnation um mindestens zwei Jahre verlängerte und sowohl die Industrie wie auch die Hotellerie peinigte.

In dieser Zeit zerschellte der Triangel politisch vor den neuen aussenwirtschaftlichen Herausforderungen: Das Gewerbe marschierte 1992 hinter Blocher gegen den Beitritt zum EWR, welcher der Schweizer-Industrie den ungehinderten Zugang zu den EG-Märkten erlaubt hätte. Diese tiefe politische Spaltung der Schweizer Wirtschaftsmächte wiederholte sich in der Folge in mindestens vier Abstimmungen (Bilaterale I, IWF, UNO, Bilaterale II, ...). Innenpolitisch folgten ähnliche Spaltungen, wenn es um minimale Modernisierungsschritte ging: Eherecht, Mutterschaftsurlaub, usw. Die in den vorangegangenen Jahrzehnten recht stabile Front von Vorort, Arbeitgeberverband, Freisinn/CVP und Gewerbeverband war damit zerbrochen, vom Vorort blieb nur noch ein Schatten, seine Auflösung war eine Frage der Zeit. Gleichzeitig war die Rentabilität in allen drei Sektoren des Triangels tief und es wurde klar, dass sie nicht einfach mit einem neuen Aufschwung wieder in alte Höhen steigen würde. Das Problem wurde für die Patrons in allen drei Sektoren drängend: Wie konnte wieder eine gute Rentabilität erreicht werden, wenn möglich ähnlich den goldenen Jahren des Nachkriegzeitalters? Die Antwort darauf gab scheinbar der Neoliberalismus. Dieser hatte sich in den 80er Jahren in der Schweiz noch nicht durchgesetzt: Mit Sympathie hatte man zwar im Schweizer „Triangel“ verfolgt, wie Reagan und Thatcher die Gewerkschaften schwächten und Sozialabbau betrieben. Aber dem Gewerbeverband war die Liberalisierung des Binnenmarktes in den 80er-Jahren noch ein Gräuel und die Industrie glaubte noch an die Fortsetzung der traditionell regulierten bilateralen Aussenwirtschaftspolitik. Nur die Banken hatten bereits Ende der 80er-Jahre an der Wall Street und an der Londoner Börse die „grosse neue Rentabilität“ dank neoliberaler Deregulierung kennen und schätzen gelernt. Ab Mitte der 90er-Jahre war die Mehrheit der Unternehmerschaft für das neoliberale Modell gewonnen. Die SVP unter Führung Blochers hatte dazu einen nicht unwichtigen Beitrag geleistet, indem sie janusköpfig den Neoliberalismus sowohl für die Gewerbler wie auch für die neuen Financiers zu artikulieren vermochte.

### 4. Die Neoliberalen Verheissung: Hohe Rentabilität für alle!

Ab Mitte der 90er Jahre schien der Neoliberalismus allen Sektoren der Wirtschaft eine Antwort zu geben – jenseits der widrigen kleinen Differenzen der Alltagspolitik:

- Den **Banken** versprach der Neoliberalismus das Eldorado: Deregulierte Finanzmärkte rund um den Erdball – frei von Bretton Woods und anderen Einschränkungen. Gleichzeitig konnte das Schweizer Bankgeheimnis neoliberal umgedeutet als Schutz aller vom Fiskus oder anderen staatlichen Bütteln Geplagten verkauft werden. Ausgehend vom Standbein Schweiz konnten sich die Banken dank der neoliberalen Globalisierung über die Enge der Schweiz

erheben und mit den grössten playern der Welt an der Wall Street und in London mithalten – die ihrerseits ganz auf die neoliberale Karte gesetzt hatten.

- Die **Industrie** erhoffte sich ein Wegfallen weiterer Handelsschranken insbesondere in den neuen Märkten der Dritten Welt. Gleichzeitig versprach der Neoliberalismus der Industrie tiefere Kosten in der Schweiz (Strom, Telekom, Steuern, Sozialkosten) und die Finanzmärkte winkten mit besserem Zugang zu Kapital.
  - Die **Binnenwirtschaft** verstand den Neoliberalismus v.a. als Abbau von Vorschriften und Steuern. „Weniger Bürokratie und Staat – mehr Rendite“, das war der Neoliberalismus des Gewerbeverbands, dem sich Wirte wie Baumeister begeistert anschlossen: Die **Wirte** liberalisierten mit wehenden Fahnen ihre Branche (Abschaffung Wirtepatente und -Prüfungen). Die **Baumeister** stimmten der Binnenmarktliberalisierung zu in der Hoffnung, mit Aufträgen im Nachbaranton und dank Abbau des Bürokrats die Rendite zu steigern.
- Nur die **Gewerkschaften** (und die Bauern) leisteten Widerstand, denn ihnen ging der Neoliberalismus ans Leder (Deregulierung der kollektiven Lohnaushandlung, Deregulierung Arbeitsgesetz, Abbau der Sozialversicherungen, etc.).

In der Folge wurden neoliberale Gesamtprogramme formuliert (Weissbuch von de Pury+Co.) und auch die Programme der bürgerlichen Parteien neoliberal revidiert. Die ersten staatlichen Reformen wurden eingeleitet: Revision ArG; Binnenmarktgesetz, etc., Privatisierungen im Bereich des Fernmeldewesens und des Transports eingeleitet. Mit alldem sollte die „Konkurrenzfähigkeit“ der erlahmten CH-Wirtschaft wieder hergestellt werden und die Rentabilität für alle Teile der Wirtschaft erhöht werden. „Mehr Rendite dank weniger Steuern, tieferen Preisen, tieferen Löhnen, freien Märkten, weniger staatliche Vorschriften“ – das war das Programm und die Verheissung des Neoliberalismus.

Zu seiner Umsetzung wurden auch die politischen Instrumente aus der alten Zeit des Triangels angepasst: Der „Vorort“ wurde abgelöst von *economiesuisse*, dem neuen Dachverband der Wirtschaft. Dieser stand unter der Führung der Grossbanken und der chemisch-pharmazeutischen Industrie, wurde pro forma aber von einem Exponenten der in der Schweiz verwurzelten Industrie präsidiert (U. Forster). Der starke Mann und Chef der Finanzen war jedoch Marcel Ospel. Der Ausschuss von *economiesuisse* vereinte nun die wichtigsten Wirtschaftsmächte: Banken, Industrie, Bau, Gewerbe, Handel. Der Vorstand und sein Ausschuss wurden das eigentliche „ZK des Kapitals“<sup>3</sup> – allerdings durchzogen von Widersprüchen, die schon bald aufbrechen sollten.

## 5. Bilanz des Neoliberalismus

Was ist 12 Jahre später die Bilanz für die einzelnen Gruppen der Wirtschaftsmächte?

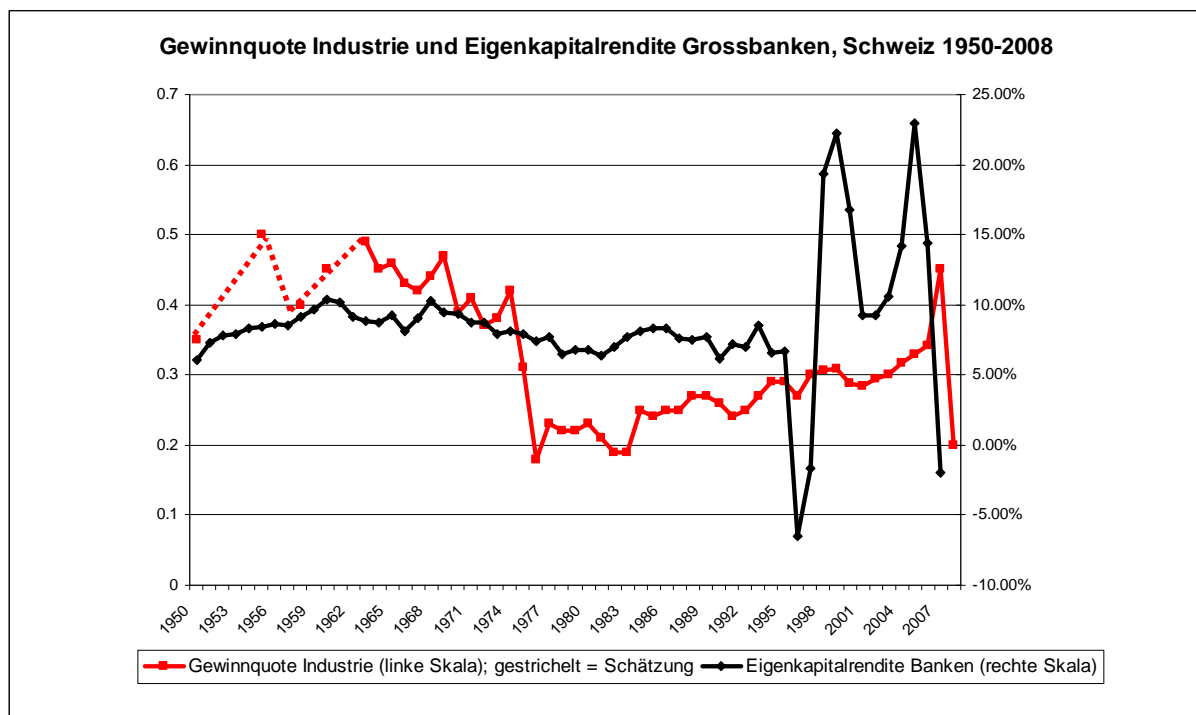
- Für die **Banken** (und mit ihnen für die Besitzer aller möglichen Arten von Wertpapieren) ging das Versprechen bis 2007 auf: Mit einigen Unterbrüchen (Mexico-Krise, Asien-Krise, IT-Krise) konnten Renditen eingefahren werden, die weit höher als je: 15% bis 25% Eigenkapital-Renditen – und dies bei kleiner Inflation – das Eldorado war gefunden worden! Dies drückte sich auch in den Honoraren der Architekten durch, von Ospel bis zu Tausenden anderen „goldenen Händchen“, welche das Wunder der neuen Rentabilität möglich machten. Auch der politische Einfluss der neuen „Meister des Universums“ stieg gewaltig, regelmässig lasen sie der Politik die Leviten (vgl. Thesen von Mühlemann, Interventionen von Ospel, etc.)

---

<sup>3</sup> Vgl. work, 2.4.2004

- Für den grösseren Teil der **Industrie** ist die Rechnung nicht aufgegangen (ausser für einige Multis wie Novartis oder Nestlé mit Monopolrenditen und Spielbeinen auf dem Finanzmarkt). Sie hat sich zwar – zur Überraschung vieler neoliberaler Schwarzmalen – als äusserst wettbewerbsfähig erwiesen. V.a. 2003 bis 2008 lief die CH-Industrie zur Hochform auf, diesmal nicht wegen externer Sonderfaktoren (Insel im Krieg, Währungsvorteile, etc.), sondern allein aus sich heraus. Aber die Versprechungen des Neoliberalismus lösten sich nicht ein: Die Finanzwirtschaft hatte der Industrie nicht gross geholfen – im Gegenteil erwiesen sich einzelne funds als Aasgeier, welche auf unterbewertete Industrien spekulierten, um sie auszuweiden, zu filetieren und fusionieren. (In einzelnen Fällen hatten gar Hausbanken mit solchen „Investoren“ kollaboriert.) Die Steuern und Abgaben sanken nicht wie versprochen – der Staat musste ja weiterhin seine Gemeinwesenaufgaben in Bildung und Gesundheit (und seine Standortaufgaben Infrastruktur, F+E) finanzieren. Der Strom wurde nach der (Teil-)Liberalisierung sogar teurer. Ebenso stiegen die Kosten für Kader, Berater und Akademiker, deren Löhne/Honorare vom Hype in der Finanzwirtschaft massiv nach oben gedrückt wurden. Die Rentabilität in der Industrie blieb über die gesamte Periode gesehen mittelpfächtig und lag unter dem Niveau der 50er/60er-Jahre. Vor allem war sie bei weitem nicht vergleichbar mit jener der Banken.

#### Graphik: die Grosse Rentabilitätsschere



- Aus ähnlichen Gründen ging die Rechnung auch für die **Binnenwirtschaft** nicht auf. Die Rentabilität nahm nicht wesentlich zu und blieb weit unter jener der 60er oder 80er-Jahre. Die **Baumeister** waren zwar durchaus konkurrenzfähig – aber alle Konkurrenzfähigen drückten miteinander im deregulierten Markt auf die Margen, und die Rendite blieb auf der Strecke. Die **Wirte** hatten die staatlichen Regulierungen zwar schnell über Bord geworfen, die strukturellen Überkapazitäten der Branche wurden aber damit nur noch grösser, indem nun Krethi + Plethi im Gastromarkt mitbot. Zu profitieren vermochten von den Deregulierungen im Binnenmarkt

letztlich allenfalls einige Spezialisten: Juristen, welche im immer komplexer werdenden Deregulierungsdickicht weiterhalfen; allerlei Unternehmensberater, etc.

## 6. Renditen-Schere im Triangel

Insgesamt war in der neoliberalen Phase der Triangel der Wirtschaftskräfte erstmals seit Jahrzehnten weit auseinandergedriftet und eine Renditen-Schere wurde aufgerissen. Die Finanzwirtschaft hatte einen grossen Teil des Gewinns „abgerahmt“ und die beiden anderen Partner gingen weitgehend leer aus. „The winner takes it all“!

Warum haben die Industriellen, die Baumeister, u.a. dies über sich gehen lassen ohne zu protestieren? Warum haben sie im Block der Wirtschaftsmächte nicht Gegensteuer zu geben versucht?

Einer der Gründe liegt sicher im Erklärungssystem des Neoliberalismus, welches die fehlenden Renditen auf dem Werkplatz den weiterhin bestehenden staatlichen Regulierungen zuschreibt. Spätestens seit 2008 ist aber die Erklärungskraft dieser Ideologie geschwunden. Dass die Spannungen innerhalb des Bürgertums in der ganzen Zeit nicht grösser wurden, war aber auch der Tatsache geschuldet, dass alle Besitzenden in der einen oder anderen Art beim Hype der Finanzwirtschaft mitgemacht hatten<sup>4</sup>: Viele Industrieunternehmen schlossen nur darum ihre Jahresrechnung gut ab, weil sie gute Vermögenserträge verbuchten (Die Grossen der Pharmaindustrie werden ja oft auch als „Banken mit pharmazeutischen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen“ genannt.) Baumeister konnten da oder dort einen guten Kauf und Verkauf tätigen und mit solchen Sondererträgen die Rechnung aufbessern. Schliesslich legten auch Unternehmer des „Werkplatzes“ Teile ihres Privatvermögens auf den Finanzmärkten an. All dies mochte die Lust auf Streit mit der Finanzwirtschaft dämpfen.

Einzelne Dispute gab es allerdings schon früher. Ein erster fand unter dem Titel des „shareholder value“ Ende der 90er-Jahre statt. Eine zweite Diskussion entbrannte zwischen Swissmem und economiesuisse 2006. Hier war die Frage aufgebrochen, wen economiesuisse überhaupt vertritt. Ein Anlass dazu waren die Positionierungen in der Frage der Parallelimporte sowie bezüglich der Spitzenlöhne der Manager in Banken und Pharmaindustrie. Swissmem einigte sich hier nochmals mit M. Ospel und blieb (mit reduziertem Mitgliederbeitrag) Mitglied bei economiesuisse. 2008/09 sind die Gewinne jedoch verdampft, viele Besitzende und Unternehmen sehen ihre Wertschriftenvermögen um einen Viertel verkleinert. Die grösste Krise der Finanzwirtschaft hat die gut aufgestellte Industrie in die Krise gerissen, bisher florierende Industrieunternehmen kollabieren beinahe und dem Gewerbe steht die Krise 2010 ins Haus. Kommt da die Zeit der kritischen Bilanz? Bricht der Triangel auseinander? Kann sich Industrie und Gewerbe von der Dominanz der Banken befreien?

## 7. Welche möglichen Perspektive ?

Nachdem jetzt der Zusammenbruch des Casinos gezeigt hat, dass der Aufschwung der Renditen zu einem grossen Teil auf Sand gebaut war und die Versprechen der neoliberalen Programme sich für Industrie und Binnenwirtschaft nicht erfüllt haben, steht die Frage im Raum, welche Bilanzen die einzelnen Wirtschaftsmächte aus der Erfahrung ziehen und auf welchem Weg sie wieder zu Rentabilität kommen wollen. Grundlegend gibt es 3 Optionen:

- Den **Neoliberalismus radikaler durchziehen**. Für die harten Neoliberalen (Mont Pélérin, Wall Street, Grossbanken Europa) liegt der Grund der Krise im **zuviel** von Regulierungen (Hypomarkt in USA u.a.) und im **falschen** regulieren (US-Notenbank), allenfalls noch in „unausgereiften“ Finanzvehikeln. „Weiter wie bisher“ ist ihre Linie.

<sup>4</sup> Vgl. Soiron im NZZ Interview 11.7.09

- **Kapitalismus mit „menschlichen/nachhaltigem Antlitz“.** Diese Position will Regulierungen ins bisherige System einbauen, welche die Wiederholung des Debakels verhindern, ansonsten aber die bisherige Linie fortsetzen. Hier geht es v.a. um neue Finanzmarkt-Regulierungen (keine unregistrierten Titel; kein off shore; höhere Eigenkapitalbasis der Banken; u.a.m.), allenfalls auch Regulierung im Welthandel (Doha-Runde) und in der Ökologie (Kjoto und Folgen). Das heisst Wiederherstellung der Finanz-Renditen, aber in Grenzen. In diese Richtung stösst in der Schweiz derzeit am klarsten die SNB.
- **ökologisch und sozial nachhaltige Modernisierung.** Diese Position geht darauf aus, dass im entwickelten Kapitalismus keine so hohen Renditen mehr zu erwarten sind, aber die Aufgaben anstehen, sozial und ökologisch nachhaltig den Modernisierungsprozess voran zu treiben (weniger Krisenanfälligkeit; keine ökologische Zerstörung; soziale Polarisierung beschränken; kleine, aber möglichst nachhaltige Rentabilität). In diesem Konzept spielen der Staat und die Politik natürlich eine grössere Rolle. Die Rentabilität der Finanzwirtschaft müsste massiv beschränkt, coupiert und umgeleitet werden in nachhaltige produktive Investitionen (Eigenkapital-Vorschriften; Besteuerung Gewinne, Transaktionen).

In der **Finanzwirtschaft** will eine Mehrheit die Fortsetzung des Neoliberalismus in der ersten Option. Er hat sich gelohnt (auch wenn jetzt einige draufgegangen sind), die Fitten überleben und werden es das nächste Mal etwas besser machen. Dieser neoliberale Darwinismus dominiert bereits wieder die Finanzplätze von der Wall Street über London bis nach Frankfurt. Richtung Regulierung drängen nur noch die Nationalbanken und einige weitere staatliche Organe wie die OECD, etc. Den Schweizer Banken scheint nach dem Debakel der UBS und angesichts des internationalen Drucks gegen Steuerfluchthäfen klar zu werden, dass eine Neuregulierung des Bankgeheimnisses nicht mehr zu umgehen ist; ansonsten möchten die Banken aber weiter wirtschaften wie bisher. Für Kaspar Villiger ist z.B. klar, dass nicht die De-Regulierung, sondern zuviel und falsche Regulierung für die Krise verantwortlich sind<sup>5</sup>. Eine gewisse Neuausrichtung der Finanzwirtschaft dürfte nur in einer kleinen Gruppe von Banken überhaupt diskutabel sein (Raiffeisen, ABS, Migrosbank, einzelne Kantonalbanken, Post).

Die **Exportindustrie** ist gespalten: Eine Minderheit setzt weiter auf einen radikalisierten Neoliberalismus, vor allem Unternehmen, welche das Geld weniger mit der Produktion als mit Finanzoperationen oder mit Monopolrenditen verdienen. Für die Mehrheit liegt aber eine starke Regulierung der Finanzwirtschaft im ureigensten Interesse: Nicht mehr gepeinigt werden von raids der private equity; nicht mehr zusehen müssen, wie Spitzenkräfte abschwimmen zu den Banken oder sündhaft teuer bez. werden müssen; nicht mehr denken, die Banken „verbraten“, was in der Industrie hart erarbeitet wurde. Einzelne Industrieführer haben sich mehr oder weniger deutlich in diesem Sinne geäussert. Thomas Schmidheiny von Holzim monierte, „Eigenkapitalrenditen von 15% und mehr können über längere Zeit gar nicht real erwirtschaftet werden“. Nicolas G. Hayek bedauert, „dass wir der Finanzwirtschaft eine dominante Stellung gegenüber der Realwirtschaft und gegenüber dem politischen Establishment überlassen haben“ und kritisiert „die Mentalität jener Finanzleute, die ohne Produktivität – ohne neue Reichtümer zu schaffen – zu schnell zu viel Geld verdienen wollen, auf Kosten anderer Menschen.“ Ein Teil dieser Industriellen könnte vielleicht eines Tages für ein industriepolitisches Projekt des nachhaltigen Umbaus und der Modernisierung gewonnen werden. Sei dies aus Überzeugung; sei dies weil sie auf Unterstützung angewiesen sind; sei es weil sie sehen, dass die Konkurrenz (in Asien, aber auch Frankreich, Japan, Nordeuropa) klar von industrie-politischen Projekten profitiert.

Die **Binnenwirtschaft** ist derzeit wohl am verwirrtesten. Der Gewerbeverband posant wöchentlich die Fortsetzung seines Neoliberalismus des Abbaus von Steuern und Bürokratie (es

<sup>5</sup> Vgl. sein Buch „Eine Willensnation muss wollen“, Zürich 2009

scheint wie in der Kirche, dass die spätesten Konvertiten die treuesten und härtesten sind). Dabei ist klar, der Neoliberalismus hat dem Gewerbe gar nichts gebracht. Natürlicherweise müsste das Gewerbe für eine harte Regulierung der Banken sein, für eine Postbank, welche in guter Konkurrenz zu Raiffeisen und Kantonalbank die kleinen und mittleren Unternehmen mit Krediten versorgt. Die Bauwirtschaft, bis in alle ihre Verästelungen, könnte zudem sehr interessiert sein an einem grossem ökologischen Umbau-Projekt: „2000 Watt-Haushalte“ als Ziel gäbe viel und gute Arbeit für Planer, Techniker, Handwerker aller Art. Ebenso Gross-Projekte im Infrastrukturbereich (öff. Verkehr, Breitbandkommunikation, Altlastenbeseitigung, etc.). Der Baumeisterpräsident W. Messmer hat in der ersten Phase der Krise gar nicht in diese Richtung gezielt, jetzt beginnt er die Tonlage etwas zu ändern, weil sich ein Tief im Bau ankündigt.

Politisch scheint in der Schweiz derzeit jedoch alles auf eine Mischung der ersten beiden Optionen hinaus zu laufen. Vorschläge in Richtung der dritten Option des Umbaus finden sich nur in den Stellungnahmen der Grünen (und – neoliberal eingefärbt auch der Grünliberalen), der SP, der Konsumentenorganisationen und Gewerkschaften, sowie schliesslich einzelner weniger Exponenten aus Privatwirtschaft. Selbst konjunkturpolitisch motivierte Vorschläge von grösseren ökologischen Impulsprogrammen finden gegenüber dem neoliberalen Dogma des ausgeglichenen Staatshaushaltes kaum Unterstützung im bürgerlichen Lager. Aber vielleicht wird sich das ändern, wenn die Finanzwirtschaft weiter macht wie bisher und Industrie und Binnenwirtschaft tiefer in den Abgrund sehen. Ob dann eine Öffnung der Köpfe vor sich gehen wird? Wenn ja, eröffnen sich interessante Perspektiven.

Wo könnten sich Linke/Grüne und Gewerkschaften mit den Arbeitgebern des Werkplatzes Schweiz treffen, wenn sich eine veränderte Situation ergäbe? Die Elemente könnten sein:

- **Überbrückungskredite**, gebunden an soziale Mindestbestimmungen.
- **Fonds für den ökologischen Umbau** der industriellen Produktion und der Infrastruktur/Gebäude der Schweiz (gebunden an klare ökologische Ziele/Standart und soziale Kriterien). (vgl. dazu den Vorschlag aus dem Unia-Industriesektor).
- **Staatlicher Investitionsbonus** für den ökologischen Um-/Ausbau der öffentlichen Infrastruktur (Verkehr, Gebäude, Kindertagesstätten, ...) (vgl. Vorschläge des SGB)
- Bildungs- und **Weiterbildungsoffensive** im grossen Stil (v.a. auch Finanzierung von Zweitausbildungen); plus Weiterbildung für ökologischen Umbau.
- **Stützung der Binnenkaufkraft**: Kein Lohnstopp, sondern Realloohnerhöhung wo möglich. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Subventionen für Krankenkassen-Prämien.
- Diese öffentlichen Investitionen müssten finanziert werden durch ein **Coupiieren der Gewinne auf die nicht produktiv eingesetzten Kapitalien**<sup>6</sup>. Eine kleine Chance dafür kann sich eröffnen, wenn Banken und funds wieder riesige Gewinne einfahren, während die Industrie noch voll im Tief steckt. Ansonsten: Finanzierung der Investitionen aus dem Bundeshaushalt unter Durchbrechung der Schuldenbremse; Versprechen, weitere Steuergeschenke (Unternehmenssteuer, Abschaffung Stempelsteuer....).

---

<sup>6</sup> Wenn die Analyse stimmt, dass der Neoliberalismus v.a. eine Rendite-Schere zwischen Industrie/Gewerbe und Finanzwirtschaft aufgerissen hat, wäre es falsch, nun eine „Reichtums-Steuer“ zu verlangen. Es muss vielmehr versucht werden, das nicht produktiv eingesetzte Finanzkapital zusätzlich zu besteuern. Renditen auf Finanzanlagen müssen sinken, damit die massenhaft brach liegenden Kapitalien sich auch mit „industriellen“, d.h. kleineren, Renditen begnügen. Mögliche Formen dafür: Kapitaltransaktionssteuer. Kapitalgewinnsteuer auf kurzfristige Kapitalgewinne; Kapitalgewinnsteuer auf nicht re-investierte Gewinne; ...



Dies könnte das Programm eines „**Bündnis für nachhaltige Investition statt Spekulation**“ sein, welche sich für eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung einsetzt und aus der Krise die nötigen Lehren zieht. Schwierig, aber nicht unmöglich.

### **Schema: Renditenentwicklung im Schweizer Triangel 1945 – 2007**

	1945-71	1973-82	1983-90	1991-96	1998-2007
<b>Exportindustrie</b>	xxxx	x	xx	x	xxx
<b>Baugewerbe</b>	xxxx	x	xxx	x	x
<b>Banken</b>	xxxx	xx	xxx	xxx	xxxxx
<b>Lohnabhängige</b>	xxx	x	xx	x	x

11. Juli 2009, Neue Zürcher Zeitung

«Selbständiges Denken ist nicht etwas, für das uns die Nachkommen loben werden»

**Welche Rolle hat die Wirtschaftselite mit Blick auf die Krise gespielt, was trägt zur guten Corporate Governance bei, wie fördert man in Firmen Langfristigkeit? Rolf Soiron, sozusagen Profi-Verwaltungsrat in der Industrie, spricht über seine Mandate bei Holcim, Lonza, Nobel Biocare, Avenir Suisse und IKRK. Das Interview führten Gerhard Schwarz und Beat Gygi. (Red.)**

Herr Soiron, Sie sind als Verwaltungsratspräsident von Holcim, Lonza und Nobel Biocare in der Realwirtschaft tätig, die jetzt unter den Fehlern des Finanzsektors zu leiden hat. Sind Sie enttäuscht?

Rolf Soiron: Ja, aber ich schliesse mich selbst und die Realwirtschaft in die Enttäuschung mit ein, denn bei allen Schuldzuweisungen ändert sich nichts daran, dass wir alle an dem beteiligt waren, was geschehen ist. Zu viele der Wirtschaftsführer glaubten an die Machbarkeit und Kontrollierbarkeit von allem, und zu viele von uns dachten, wir wüssten und könnten mehr als die Generation vor uns. Zwar haben wir die Masslosigkeiten aller Art gesehen. In privaten Diskussionen wurden sie denn auch angesprochen, aber öffentlich gemahnt haben zu wenige. ....

Warum sind die Leute alle still geblieben?

Dies waren auch Jahre eines quasi zwangsweisen Optimismus. Wer zu Vorsicht mahnte, galt als Miesepeter und hörte den Vorwurf, er «demotiviere». Die geschichtliche Einsicht, dass es immer Krisen gab und dass sie einfach dazugehören, durfte man kaum äussern, dies gehörte einfach nicht zum guten Ton.

Wo bleibt die Unabhängigkeit der Wirtschaftselite – vor allem ihre intellektuelle Unabhängigkeit?

Tatsächlich: Wer in der Wirtschaft eine hohe Position einnimmt, ist wirtschaftlich unabhängig, jedenfalls unabhängiger als die politische Elite. Doch leider ist wirklich originelles, selbständiges und nachhaltiges Denken nicht etwas, für das uns die Nachkommen besonders loben werden.

Lässt die Konkurrenz genug Raum für Selbständigkeit? Kann sich ein Chef Zurückhaltung leisten, wenn die Konkurrenz im Boom fast überschäumt?

Sie haben recht, besonders für den Finanzsektor. Wer in den Jahren des Booms niedrigere Renditen produzierte, stand am Pranger und verlor seine Position. Aber es gab doch auch solche, welche die Risiken sahen und sie vermieden.